



Diese Abgeordneten des Bezirkstages Leipzig informierten sich im Kraftwerk Borna, wie die Werktätigen in den Wettbewerben um rationelle Energieanwendung einbezogen werden. Auf einer Bezirkstagssitzung werteten die Abgeordneten die guten Erfahrungen bei den Energiesparmaßnahmen aus.

Foto: LVZ/Pullwitz

in den Wohnbezirken und Hausgemeinschaften oder zur Zusammenarbeit mit den Abgeordneten. Persönliche Gespräche von Leitungsmitgliedern mit den Genossen, Erfahrungsaustausche oder Problemlösungen bewähren sich bei der Kontrolle dieser Aufträge.

Viele Kommunisten, so die ehrenamtlichen Ratsbeauftragten für Wohngebiete, sind fest mit WBA, HGL und Wohnungswirtschaftlern verbunden. Sie kennen die Lage, die politisch-ideologischen Probleme und die Wirksamkeit staatlicher Entscheidungen im Wohnbezirk. Diese Kenntnisse sollten einfließen in die Parteiarbeit und die Tätigkeit der Räte.

8. Die Parteikontrolle erweist sich als eine Fundgrube, um Kader richtig zu beurteilen. Parteileitung und staatliche Leiter lernen die Genossen am besten in Bewährungssituationen kennen. Sie sind so in der Lage, entwicklungsfähige Kader zu fördern, die sich im Kampf um die kompromißlose Durchführung der Parteibeschlüsse auszeichnen. In den Kaderprogrammen, bei der Schulbeschickung sowie der Auswahl von Reserve- und Nachwuchskadern findet das seinen Niederschlag.

## Keine Neuauflage staatlicher Kontrolle

9. Angesichts ihrer parteierzieherischen Wirkung darf sich Parteikontrolle im Staatsapparat nicht auf die Berichterstattung vor der Parteileitung beschränken. Von den Aufgaben leitet sich ab, vor welchem Gremium der Genosse Leiter oder Mitarbeiter Rechenschaft geben sollte. Besonders bewähren sich Aussprachen in den Parteigruppen. Es bedeutet eine Einschränkung des Kontrollrechts, wenn es nur gegenüber den staatlichen Leitern angewendet wird. Jeder Genosse hat vor der Partei über seinen Anteil an der Verwirklichung der Beschlüsse, über seine politische Massenarbeit im Wohnbezirk abzurechnen.

10. Das Kontrollrecht wirksam anzuwenden, dazu sind einige Voraussetzungen unerlässlich. Dazu gehören:

- ein interessantes innerparteiliches Leben und die Einhaltung der Leninschen Normen in jeder Grundorganisation. Wo eine kritisch-schöpferische Atmosphäre herrscht, die Genossen tief in die Beschlüsse eindringen und Schlußfolgerungen für ihre politische Arbeit ableiten, dort sind sie ideologisch aufgeschlossen, übernehmen die Erfahrungen der Besten, dulden sie keine Verstöße gegen die Partei- und Staatsdisziplin;

- fundiertes Wissen der Parteisekretäre und der Leitungen über die politisch-ideologische Situation im Bereich, über Zusammenhänge und Notwendigkeiten bei der weiteren Durchführung der Beschlüsse. Darüber zu informieren, dazu tragen der Vorsitzende des Rates und der Vorsitzende der Plankommission als Mitglieder des Sekretariats des leitenden Parteiorgans besondere Verantwortung;

- gründliche Vorbereitung des Leitungskollektivs auf die Rechenschaftslegung der Genossen. Das beginnt bei Problemlösungen, der Bildung von Arbeitsgruppen und geht bis zur unmittelbaren Teilnahme der Leitungsmitglieder am Mitgliederleben in den APO und Parteigruppen. Auch hier bestimmt der Inhalt Form und Methode.

11. Kontrolle durch die Parteiorganisationen in den staatlichen Organen ist keine Neuauflage der staatlichen Kontrolle. Es geht um Denk- und Verhaltensweisen der Genossen, um ihre Kampfpriorität, um ihren persönlichen Einsatz bei der Verwirklichung der Parteibeschlüsse und damit der Lösung der staatlichen Aufgaben.

Parteiarbeit wird nicht vom konkreten, sachlichen Inhalt abstrahiert. Sie macht jedem Kommunisten im Staatsapparat den politischen Inhalt der staatlichen Leitung deutlich. Maßstäbe dafür, wie die Beschlüsse der Partei zu realisieren sind, setzt die 11. Tagung des ZK der SED.